



## Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Frau Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Frau Weck	Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	bis TOP 2.10.
Herr Giller	Justizariat der Stadtverwaltung Plauen	zu allen TOP
Frau Blume-Brake	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	bis TOP 2.7.13.
Frau Pissors	Fachgebiet Personal/Organisation	bis Top 2.7.13.
Frau Meischeider	Fachgebiet Personal/Organisation	bis Top 2.7.13.
Herr Löffler	Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Lorenz	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	bis TOP 2.9.
Frau Kretzschmar	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	bis TOP 2.14.
Frau Ernst	Leiterin Personalrat	bis TOP 2.7.13.
Herr Leonhardt	Leiter Gesamtpersonalrat	bis TOP 2.7.13.

## Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

### von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Frau Koch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	zu allen TOP

### Vertreter der Presse

öffentlicher Teil

## Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 01.02.2022
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Beschlussfassung**
- 2.1. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern  
**Drucksachennummer: 0553/2022**
- 2.2. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern  
**Drucksachennummer: 0554/2022**
- 2.3. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der BÄDER PLAUEN GmbH aufgrund Änderung von Fraktionsstärken  
**Drucksachennummer: 0541/2022**
- 2.4. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Abfallentsorgung Plauen GmbH (AEP) aufgrund Änderung von Fraktionsstärken  
**Drucksachennummer: 0540/2022**
- 2.5. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH  
**Drucksachennummer: 0552/2022**
- 2.6. 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2022 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des 26. Europäischen Bauernmarktes am 03.04.2022  
**Drucksachennummer: 0551/2022**

- 2.7. Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister  
**Drucksachennummer: 0546/2022**
- 2.7.1. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 238-22**, Stellungnahme der Verwaltung
- 2.7.2. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 240-22**, Stellungnahme der Verwaltung
- 2.7.3. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 241-22**, Stellungnahme der Verwaltung
- 2.7.4. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 242-22**, Stellungnahme der Verwaltung
- 2.7.5. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 243-22**
- 2.7.6. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 244-22**
- 2.7.7. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 245-22**
- 2.7.8. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 246-22**
- 2.7.9. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 247-22**
- 2.7.10. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 248-22**, Stellungnahme der Verwaltung
- 2.7.11. Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 249-22**
- 2.7.12. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 250-22**
- 2.7.13. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 251-22**
- 2.8. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen in 2021 für die Gewerbesteuerumlage  
**Drucksachennummer: 0528/2022**
- 2.9. Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“  
**Drucksachennummer: 0547/2022**
- 2.10. Grundschule Kuntzehöhe – Einbau stationärer raumluftechnischer Anlagen  
**Drucksachennummer: 0526/2021**
- 2.11. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme “Parkplatz Weisbachsches Haus Plauen – Forum für Textil und Spitze“  
**Drucksachennummer: 0549/2022**
- 2.12. Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Vorhabenbezogenen Bbauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“ und zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen  
**Drucksachennummer: 0544/2022**
- 2.13. Mitgliedschaft der Stadt Plauen im "Förderverein zum Erhalt und zur Entwicklung des Geländes der ehemaligen Sternquell-Brauerei - Stern-KulT e. V."  
**Drucksachennummer: 0556/2022**
- 2.14. Grünpaten für Plauen – Verantwortung übernehmen für unsere Nachfolgenerationen  
**Drucksachennummer: 0539/2022**
3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## 1. Eröffnung der Sitzung

Die 28. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird von Oberbürgermeister Steffen Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Stadtratsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, und Stadtrat Stephan Uhlig, CDU-Fraktion, bestellt.

Oberbürgermeister Zenner spricht die aktuelle Situation in der Ukraine an.

Oberbürgermeister Zenner vertritt die Meinung, dass der Angriff Russlands auf die Ukraine durch nichts zu rechtfertigen sei. Er bittet die Mitglieder des Stadtrates darum, gemeinsam ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zu erklären.

Oberbürgermeister Zenner gibt bekannt, dass die Stadt Plauen ein Schreiben der befreundeten ukrainischen Stadt Solotonoscha erhalten hat. In diesem Schreiben wird konkret um Unterstützung gebeten. Die Stadt Plauen wird ein Sonder-Spendenkonto mit dem Titel „Hilfe für Solotonoscha“ einrichten. Von diesem Geld sollen medizinische Hilfsgüter, Medikamente sowie Material bzw. Ausstattung für die freiwilligen Feuerwehren beschafft werden. Die Spedition Meinel und Poller hat sich bereiterklärt, diese Güter dann an die polnische Grenze zu bringen. Von dort aus wird der weitere Transport organisiert.

Die Koordination evtl. eintreffender Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wird vom Vogtlandkreis übernommen. Oberbürgermeister Zenner hat sich dazu mit Herrn Landrat Keil abgestimmt. Für die Unterstützung von ukrainischen Staatsbürgern wird sich die Stadt Plauen einsetzen, u. a. sollen über die Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Auch der Freistaat Sachsen bereitet sich auf die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge vor. Man hat einen Koordinierungs- und Lenkungsausschuss eingerichtet, in welchen auch der Sächsische Städte- und Gemeindetag mit einbezogen wird.

Oberbürgermeister Zenner bittet die Mitglieder des Stadtrates darum, sich kurz schweigend zu erheben für die Opfer, die im Moment in der Ukraine zu beklagen sind.

### **1.1. Tagesordnung**

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erklärt, dass folgende Anträge seiner Fraktion zurückgezogen werden:

*Reg. Nr. 240-22, Reg. Nr. 241-22, Reg. Nr. 244-22, Reg. Nr. 245-22, Reg. Nr. 247-22, Reg. Nr. 248-22*

**Somit entfallen folgende Tagesordnungspunkte von der heutigen Tagesordnung:**

**TOP 2.7.2. TOP 2.7.3. TOP 2.7.6. TOP 2.7.7. TOP 2.7.9. TOP 2.7.10.**

### **1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 01.02.2022**

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 01.02.2022 unter Berücksichtigung des nachfolgenden Hinweises fest:

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, bezieht sich auf Seite 11, Absatz 3 der o. g. Niederschrift.

Die Kritik von Stadtrat Legath bezog sich nicht auf die Debatte im Stadtbau- und Umweltausschuss, sondern auf die Beantwortung der Anfragen und die Ausführungen im Jahr 2019 zum Abwägungsbeschluss an sich.

### **1.3. Beantwortung von Anfragen**

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass sich derzeit noch eine Anfrage von Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, in der Bearbeitung befindet.

### **1.4. Informationen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass Stadtrat Eric Holtschke zum neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion gewählt wurde.

Gleichzeitig wurden zur 1. Stellvertreterin des Fraktionsvorsitzenden Stadträtin Diana Zierold und zum 2. Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Stadtrat Lars Gruber gewählt.

Oberbürgermeister Zenner gratuliert zur Wahl und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Plauen.

Oberbürgermeister Zenner gibt folgende Benennung von ordentlichen Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen bekannt:

**Ältestenrat**

Bisher

Ordentliches Mitglied

Juliane Pfeil

Stellvertreter

Diana Zierold

NEU

Ordentliches Mitglied

Eric Holtschke

Stellvertreter

Diana Zierold

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich an dieser Stelle bei der Berufsfeuerwehr und bei den freiwilligen Feuerwehren der Stadt Plauen und ihren Ortschaften für die Unterstützung bei der Beräumung von Sturmschäden in den letzten Tagen.

**2. Beschlussfassung**

**2.1. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern**

*Drucksachenummer: 0553/2022*

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft nach § 44 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in Verbindung mit § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE Herrn Markus Schneider als beratendes Mitglied in den Kultur- und Sportausschuss.

**Abstimmungsergebnis: 30Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 28/22-1**

**2.2. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern**

*Drucksachenummer: 0554/2022*

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen **beruft** Herrn Jörg Simmat als sachkundigen Einwohner im Bildungs- und Sozialausschuss gemäß § 18 Abs. 1 Pkt. 4 SächsGemO **ab**.

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 28/22-2**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Frau Theresia Schumann auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE als sachkundige Einwohnerin in den Bildungs- und Sozialausschuss.

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 28/22-3**

**2.3. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der BÄDER PLAUEN GmbH aufgrund Änderung von Fraktionsstärken**  
*Drucksachenummer: 0541/2022*

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Herrn Oberbürgermeister Steffen Zenner, Herrn Stadtrat Ingo Eckardt (bisher CDU-Fraktion, jetzt FDP-Fraktion), Herrn Stadtrat Frank Schaufel (AfD-Fraktion), Frau Stadträtin Petra Rank (Fraktion DIE LINKE), Herrn Stadtrat Klaus Gerber (SPD/Grüne/Initiative-Fraktion) und Herrn Stadtrat Thomas Haubenreißer (FDP-Fraktion) als Mitglieder des Aufsichtsrates der BÄDER PLAUEN GmbH.

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-4**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt im Wege der Einigung Herrn Bürgermeister Tobias Kämpf als vom Oberbürgermeister benannter Bediensteter der Verwaltung, Herrn Stadtrat Thomas Salzmann (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Frank Schaufel (AfD-Fraktion), Frau Stadträtin Petra Rank (Fraktion DIE LINKE), Herrn Stadtrat Klaus Gerber (SPD/Grüne/Initiative-Fraktion) und Herrn Stadtrat Thomas Haubenreißer (FDP-Fraktion) widerruflich zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der BÄDER PLAUEN GmbH.

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-5**

**2.4. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Abfallentsorgung Plauen GmbH (AEP) aufgrund Änderung von Fraktionsstärken**  
*Drucksachenummer: 0540/2022*

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf als vom Oberbürgermeister benannte Bedienstete der Verwaltung, Herrn Stadtrat Jörg Schmidt (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Thomas Salzmann (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Ronny Hering (AfD-Fraktion), Herrn Stadtrat Thomas Fiedler (SPD/Grüne/Initiative-Fraktion) und Herrn Stadtrat Sven Gerbeth (FDP-Fraktion) als Mitglieder des Aufsichtsrates der Abfallentsorgung Plauen GmbH.

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-6**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt im Wege der Einigung Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf als vom Oberbürgermeister benannte Bedienstete der Verwaltung, Herrn Stadtrat Jörg Schmidt (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Ronny Hering (AfD-Fraktion), Herrn Stadtrat Thomas Fiedler (SPD/Grüne/Initiative-Fraktion) und Herrn Stadtrat Sven Gerbeth (FDP-Fraktion) widerruflich zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der Abfallentsorgung Plauen GmbH.

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-7**

**2.5. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH**  
*Drucksachenummer: 0552/2022*

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf als vom Oberbürgermeister benannte Bedienstete der Verwaltung, Herrn Bürgermeister Tobias Kämpf (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Gerald Schumann (AfD-Fraktion), Frau Stadträtin Uta Seidel (Fraktion DIE LINKE), Herrn Stadtrat Bernd Stubenrauch (SPD/Grüne/Initiative-Fraktion), Herrn Raik Schulz (Arbeitnehmervertreter, Mandat der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion) und Herrn Stadtrat André Bindl (FDP-Fraktion) als Mitglieder des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH.

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-8**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt im Wege der Einigung Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf als vom Oberbürgermeister benannte Bedienstete der Verwaltung, Herrn Stadtrat Jörg Schmidt (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel (CDU-Fraktion), Herrn Stadtrat Gerald Schumann (AfD-Fraktion), Frau Stadträtin Uta Seidel (Fraktion DIE LINKE), Herrn Stadtrat Bernd Stubenrauch (SPD/Grüne/Initiative-Fraktion), Herrn Raik Schulz (Arbeitnehmervertreter, Mandat der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion) und Herrn Stadtrat André Bindl (FDP-Fraktion) widerruflich zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH.

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-9**

**2.6. 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2022 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des 26. Europäischen Bauernmarktes am 03.04.2022**  
*Drucksachenummer: 0551/2022*

Herr Eckardt Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.  
Zur Vorlage liegen 4 Stellungnahmen vor:

Die Herz-Jesu-Kirchgemeinde Plauen verweist auf die allgemeine Sonntagsruhe und bittet die Verantwortlichen eindringlich darum, die Notwendigkeit verkaufsoffener Sonntage kritisch zu hinterfragen.

Die evangelisch-lutherische Kirchgemeinde Plauen sieht keine schwerwiegenden Einwände gegen diesen verkaufsoffenen Sonntag.

Die Industrie- und Handelskammer befürwortet die Sonntagsöffnung und sieht keinerlei rechtliche Aspekte, die dagegensprechen würden.

Ebenso stimmt der Handelsverband Sachsen diesem verkaufsoffenen Sonntag zu.

Von der Gewerkschaft „verdi“ liegt keine Stellungnahme vor.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, schlägt vor, die Stellungnahmen zu solchen Vorlagen den Mitgliedern des Stadtrates zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Zenner verweist darauf, dass dies von den Fristen der Einreichung schwierig werden könnte, diese Stellungnahmen rechtzeitig auszureichen. Sowie die Stellungnahmen in der Stadtverwaltung Plauen vorliegen, werden diese den Mitgliedern des Stadtrates zur Verfügung gestellt.

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die **Aufhebung** der 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2022 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des „**26. Europäischen Bauernmarktes**“ am Sonntag, den **06.03.2022**, begrenzt auf den Bereich Rosa-Luxemburg-Platz 7 und einzelne Verkaufsstellen im Nahversorgungszentrum Rosa-Luxemburg-Platz.

**Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-10**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2022 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des „**26. Europäischen Bauernmarktes**“ am Sonntag, den **03.04.2022**, begrenzt auf den Bereich Rosa-Luxemburg-Platz 7 und einzelne Verkaufsstellen im Nahversorgungszentrum Rosa-Luxemburg-Platz.

**Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-11**

**2.7. Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister**  
***Drucksachenummer: 0546/2022***

Oberbürgermeister Zenner informiert kurz über Notwendigkeit dieser Vorlage. Die bisherige Geschäftskreisordnung besteht seit 2004. Aus seiner Sicht sei es richtig und konsequent, nunmehr Weichen zu stellen, um die Verwaltung moderner, dienstleistungsorientierter und kostengünstiger aufzustellen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die nunmehr vorliegenden Änderungen mit den beiden Bürgermeistern, dem Büroleiter des Büro Oberbürgermeister, dem Personalrat, der Personalabteilung, dem Controlling und der Kämmerei besprochen wurden. Die Mitglieder des Stadtrates wurden erstmals im Dezember 2021 nichtöffentlich über die Strukturänderung informiert. In verschiedenen Fraktionssitzungen konnten die Vorschläge gemeinsam mit der Verwaltung besprochen und diskutiert werden.

Ursprünglich war vorgesehen, diese Vorlage Anfang Februar 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen. Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde die Beschlussfassung auf die heutige Stadtratssitzung verschoben. Die Verwaltung ist der Meinung, dass nunmehr das Abstimmungsverfahren durchgeführt werden kann.

Oberbürgermeister Zenner ruft nachfolgend die eingebrachten Anträge zu dieser Verwaltungsvorlage zur Beratung und Beschlussfassung auf.

**2.7.1. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 238-22, Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Sven Gerbeth, FDP-Fraktion, stellt fest, dass es das Recht der Verwaltungsspitze sei, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Arbeit der Verwaltung optimiert und damit auch Zuständigkeiten in den Geschäftskreisen verändert werden können.

Gleichfalls sei es aber auch das Recht des Stadtrates, einen solchen Prozess aufmerksam und kritisch zu begleiten und zu hinterfragen.

Die FDP-Fraktion vertritt die Meinung, dass es wichtig sei, dass sich der Stadtrat und seine Gremien für solche weitreichenden Entscheidungen Zeit nehmen sollte, um alle wesentlichen Aspekte gründlich und ausreichend in allen Fachausschüssen beraten zu können.

Ausdrücklich weist die FDP-Fraktion den im letzten Verwaltungsausschuss vorgebrachten Vorwurf zurück, dass sie schon wesentlich früher ihre Gedanken und Anträge hätte einbringen können.

Richtig sei, dass im Verwaltungsausschuss am 08.12.2021 die erste Behandlung zu dieser Vorlage erfolgte. Der damals vorgelegte Zeitplan der Verwaltung, bis zum 09. bzw. 10.01.2022 die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter in den jeweiligen Fraktionen anhören zu können, sich in den Fraktionen damit zu befassen und dann noch Vorschläge einzubringen, sei nach Meinung von Stadtrat Gerbeth nicht realisierbar gewesen. Deshalb erfolgte der von Oberbürgermeister Zenner erwähnte Antrag zur Verschiebung der Befassung.

Die FDP-Fraktion betrachtet es als unerlässlich, wenn neue Fragen auftreten, den Stadtrat noch einmal die Möglichkeit einzuräumen, diese Vorlage mit ihren weitreichenden finanziellen und fachlichen Auswirkungen in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die Auswirkungen durch eine nochmalige Verschiebung dieser Vorlage seien nach Meinung von Stadtrat Gerbeth und seiner Fraktion von der Verwaltung dramatisiert dargestellt worden. Eine Beschlussfassung mit vorheriger Vorberatung in den jeweiligen Ausschüssen, wäre zeitlich noch in der Stadtratssitzung am 29.03.2022 möglich gewesen und nicht, wie von der Verwaltung ausgeführt, erst im Mai 2022.

Stadtrat Gerbeth bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag, **Reg. Nr. 238-22**. Die hier aufgeführten Argumente – Urlaub in der Leitungsebene, 1.500 Buchungskombinationen, die aktualisiert bzw. neu eingerichtet werden müssen – waren nach Meinung von Stadtrat Gerbeth der Verwaltung bereits bewusst, als diese Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt wurde

Diese Argumente sind somit für die FDP-Fraktion nicht stichhaltig und nicht nachvollziehbar.

Stadtrat Gerbeth führt aus, dass es denkbar sei, dass die Vorlage heute mit einer gewissen Mehrheit beschlossen würde. Die Frage sei nur, ob (auch im Hinblick auf das Festjahr der Stadt Plauen) eine solch schnelle Entscheidung es wert sei, dass hierdurch möglicherweise Unfrieden bzw. Frustration oder Uneinigkeit im Stadtrat aufkommen könnten.

Stadtrat Gerbeth merkt persönlich an, dass er sich - genau wie alle anderen Bewerber um die Stelle des Bürgermeisters für den Geschäftsbereich I - nachvollziehbar und gründlich zum Thema Informationstechnik befragen lassen musste. Nunmehr soll der Bürgermeister Geschäftsbereich I dafür gar nicht mehr zuständig sein. Dies sage er ohne Groll, habe es aber aufmerksam registriert.

Oberbürgermeister Zenner wird die Verwaltungsvorlage zur Änderung der Geschäftsbereiche nicht von der Tagesordnung nehmen. Er sieht in einer weiteren Verschiebung und Diskussion zum Thema keine qualitativen Verbesserungen. Man habe sich sehr lange und gewissenhaft mit dieser Thematik beschäftigt.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass eine zügige Beschlussfassung auch deshalb notwendig sei, um künftig in den einzelnen Geschäftsbereichen zukunftsorientiert arbeiten zu können. Es müssten Stellen neu ausgeschrieben werden, deren Besetzung monatelang dauern könne, da Personal derzeit schwer zu finden sei. Die Umstrukturierung in den Organisationsbereichen würde außerdem eine enorme Flut von neuen Kompetenzen, wie auch Buchungskombinationen, nach sich ziehen. Bereits im Mai 2022 soll mit der Erarbeitung des Haushaltsplanes begonnen werden. Was hier vorgeschlagen wird, sei auch kostenseitig gut darstellbar.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass es nicht teurer werden würde, da z. B. Stellen nicht mehr neu besetzt und Altersteilzeitabgänge genutzt würden. Man wolle durch eine Neuaufstellung der Verwaltung erreichen, sich in einem Dienstleistungssektor wiederzufinden. Derzeit sei man nach Meinung von Oberbürgermeister Zenner von der Struktur her in der Stadtverwaltung nicht optimal aufgestellt, obwohl die Beschäftigten sehr gute Arbeit leisten.

Oberbürgermeister Zenner sieht keine qualitativen Vorteile in einer weiteren Diskussion, die übrigens überwiegend im Verwaltungsausschuss geführt werden müsste, bestenfalls noch im Finanzausschuss. Hierzu merkt Oberbürgermeister Zenner an, dass die finanziellen Auswirkungen der Vorlage geprüft wurden. Es seien keine Kostensteigerungen in Größenordnung zu erwarten, die tatsächlich Beschlüsse nach sich ziehen würden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus. Er führt aus, dass bereits eine ausführliche Diskussion im zuständigen Verwaltungsausschuss geführt wurde. Deshalb ergäbe sich keinerlei Sinn darin, alle anderen Ausschüssen noch einmal mit dieser Thematik zu beschäftigen. Die abgestimmten Änderungen der Geschäftsbereiche seien durchaus nachvollziehbar.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht das Verfahren insgesamt an. Er gibt Stadtrat Gerbeth Recht, was die Ausschreibung der Stelle des Bürgermeisters für den Geschäftsbereich I angeht. Man habe den Bewerberkreis eingeschränkt, in dem der Schwerpunkt Informationstechnik aufgenommen wurde. Nunmehr würde sich die Geschäftsverteilung so ändern, dass dieser Bereich aus dem Geschäftsbereich I herausgenommen wird. Dies wäre nach Auffassung von Stadtrat Fiedler verfahrensseitig gerade noch legal, aber es sei menschlich nicht in Ordnung. Man hätte ein breiteres Bewerberfeld aus dem Bereich Kultur haben können, wenn der Bereich Digitalisierung nur eine untergeordnete Rolle gespielt hätte.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass bei seiner Bewerbung als Bürgermeister für den Geschäftsbereich I das Fachgebiet Informationstechnik nicht in seinem Aufgabenbereich bzw. nicht in den Ausschreibungen vorgesehen war. Im Nachgang musste er aber diesen Posten mit übernehmen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, schließt sich den Vorrednern an. Auch ihre Fraktion ist verwundert, dass die Digitalisierung aus dem Geschäftsbereich I herausfällt, obwohl es ein Schwerpunkt bei der Ausschreibung der Stelle für den Bürgermeister Geschäftsbereich I war. Auch dass das Kulturreferat aus dem Geschäftsbereich I herausgenommen wird, ist nicht nachvollziehbar. Man habe das Gefühl, als würden diese Aufgaben dem neuen Bürgermeister nicht zugetraut. Die Fraktion DIE LINKE hätte gerne gewusst, wie der Personalrat dieses Thema sieht.

Stadträtin Rank fragt nach, ob die vor kurzem durchgeführte Mitarbeiterbefragung in die Umstrukturierung der Geschäftsbereiche mit eingeflossen ist bzw. ob die Beschäftigten einbezogen wurden. Es wäre für die Transparenz dieser ganzen Strukturänderung sinnvoll gewesen, darüber zu informieren.

Die Fraktion DIE LINKE wird dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass der Personalrat informiert wurde. Im Verfahren ist eine Beteiligung des Personalrates nicht vorgesehen. Die o. g. Befragung sei mit einbezogen worden. Heute soll nur über die Verteilung der Geschäftsbereiche abgestimmt werden, danach erfolgt die Ablauforganisation. Mit allen Leitern, die direkt von der Umverteilung betroffen sind, wurde vorher gesprochen.

Oberbürgermeister Zenner vertritt die Meinung, dass man bezüglich der Informationstechnik über viele Jahre intransparent und mit hohem finanziellen Aufwand unterwegs war. Auch die Frage der Datensicherheit muss verbessert werden.

Nunmehr solle eine Einheit geschaffen werden, so dass es möglich sein wird, zusammenfassende Bestellvorgänge auszulösen. Dies sei der eigentliche Grund, das Fachgebiet Informationstechnik in das ganz normale und umfängliche Bestellsystem zu integrieren.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, ist nicht der Meinung, dass hier eine vor-schnelle Entscheidung getroffen würde. Es wäre ausreichend Zeit gewesen, dieses Thema im Verwaltungsausschuss zu diskutieren.

Die AfD-Fraktion wird dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus. Man müsse sich in der aktuellen Situation klar sein, dass der Angriff auf die Ukraine auch die Arbeit in den Kommunen beeinflussen wird auch im Hinblick auf die Finanzen. Eine Verschiebung des Beschlusses sei nicht nachvollziehbar, da man dringend Handlungsfähigkeit benötige.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob die Verwaltung mit dem Personalrat über die Änderungen tatsächlich diskutiert hat oder ob der Personalrat nur über Änderungen informiert wurde. Er ist der Meinung, dass so tiefgreifende Änderungen in Strukturen eine tiefgreifende Diskussion mit dem Personalrat notwendig mache.

Stadtrat Legath fragt nach, woher die Einschätzung von Oberbürgermeister Zenner kommt, dass der Bereich Informationstechnik (IT) sehr viel Geld kostet.

Verwirrend für Stadtrat Legath sei, dass das FG Personal/Organisation einschätzt, dass die finanziellen Auswirkungen gering seien. Er hätte hierzu einen Bericht der Finanzverwaltung erwartet. Er möchte gerne eine Einschätzung von Frau Göbel dazu hören. Belastbare Zahlen würden den Mitgliedern des Stadtrates bisher nicht vorliegen.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass der Bereich IT mehr Geld kostet, wenn er ineffizient aufgestellt sei und wenn Bestellvorgänge und Nutzung von Programmen für einzelne Geschäftsbereiche nicht koordiniert würden.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass der Personalrat informiert wurde und nicht widersprochen habe. Auch mit den finanziellen Auswirkungen habe man sich beschäftigt. Hier gäbe es zwei wesentliche Bereiche, u. a. die Verwaltungskosten, worüber die Personalverwaltung aussagefähig sei.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, kann zu den Aussagen in der Stellungnahme der Verwaltung nichts hinzufügen. Es sei tatsächlich so, dass die federführende Bearbeitung dieser neuen Struktur auf Initiative des Oberbürgermeisters durch das Fachgebiet Personal/Organisation erfolgt ist. In der Stellungnahme sei klar formuliert, dass es auf den Stellenplan 2022 keine Auswirkungen gibt und dass die eventuellen Auswirkungen auf den Stellenplan 2023/2024 noch vorgelegt werden. Diese Auswirkungen für 2023/2024 könnten durch andere Maßnahmen kompensiert werden. Vom Fachgebiet Personal/Organisation wird eingeschätzt, dass es in Summe keine Auswirkungen - zumindest keine wesentlichen Auswirkungen - geben wird. Die genauen Eingruppierungen und neuen Stellenbeschreibungen werden derzeit erstellt.

Frau Göbel habe zwar die Gesamtverantwortung für die Finanzen, aber diese Auswirkungen zu ermitteln, ist Sache des Fachgebietes Personal/Organisation.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen von Frau Göbel.

Stadtrat Gerbeth bittet darum, dass die Bemerkungen von Oberbürgermeister Zenner (*sinngemäß: es wird nicht teurer und etwas später und Kostensteigerungen die Beschlüsse nach sich ziehen, sind so nicht zu erwarten*) in die Niederschrift aufgenommen werden sollen.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass es natürlich sein könnte, dass es in dem einen oder anderen Bereich etwas teurer werden könnte. Langfristig wird aber das Ziel der Kostensenkung verfolgt. Um das zu erreichen, wäre es manchmal auch notwendig, am Anfang etwas zu investieren.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, findet diese lebhaftige Diskussion gut. Dies zeige, dass der Stadtrat seiner Aufgabe gerecht würde, sich kritisch mit den Strukturen innerhalb der Verwaltung auseinander zu setzen. Es sei aber wichtig, durch den heutigen Beschluss der Verwaltungsvorlage einen klaren Arbeitsauftrag für die Verwaltung geben zu können.

Stadtrat Schmidt kann nicht nachvollziehen, warum dieser Beschluss zu Unfrieden innerhalb des Stadtrates führen sollte.

Stadtrat Schmidt spricht den § 53 SächsGemO an. Hiernach ist der Bürgermeister für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und dem ordnungsgemäßen Gang der Gemeindeverwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Er bittet hierzu um eine Einschätzung des Juristen Herrn Giller.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister für den Geschäftsbereich I, erläutert die vorgesehene Umstrukturierung der Geschäftsbereiche aus seiner Sicht. Man habe sich dazu intensiv in der Beratung der Bürgermeister abgestimmt.

#### Fachgebiet Informationstechnik (IT)

Auf dieses Thema hat sich Bürgermeister Kämpf gefreut, da er auch in seiner vorherigen Tätigkeit hierzu viele Kenntnis und Kompetenz erwerben konnte. IT bräuchte aber eine strategische Ausrichtung, die zentral eine absolute Schlagkraft und einen Durchgriff auf alle Geschäftsbereiche und Eigenbetriebe haben müsste.

Bürgermeister Kämpf unterstützt die Ansiedlung im Geschäftsbereich Oberbürgermeister.

Entscheidend ist seiner Meinung nach nicht, in welchem Geschäftsbereich etwas angesiedelt ist, sondern wo es den besten Effekt erzielen könne.

#### Kulturreferat

Gerne würde Bürgermeister Kämpf dieses Thema begleiten. Die Frage sei aber, ob hier der persönliche Wunsch oder die Zielstellung für die Stadt das Entscheidende ist. Die Zielstellung für die Stadt ist derzeit, dass man bei den Verhandlungen im Kulturraum das beste Ergebnis für das Theater Plauen-Zwickau erzielen könne. Deshalb sei die Ansiedlung im Geschäftsbereich Oberbürgermeister von Vorteil.

#### Bürgerservice/Pass- und Meldewesen

Diese Bereiche sind in der Stadtverwaltung noch sehr zergliedert. Außerdem gäbe es kein einheitliches Terminvergabesystem. Dort könne man im Hinblick auf Bürgerservice und Effektivität einiges dazugewinnen, wenn diese Bereiche zusammengefasst und positive Effekte für die Bürger erreicht werden.

#### Kommunalpräventiver Rat (KPR)

Die Ansiedlung des KPR im Geschäftsbereich I wird für notwendig und richtig erachtet.

Gerade im Hinblick auf die Prävention sei eine Zusammenarbeit mit den sozialen Bereichen sehr wichtig.

#### Tourismus

Man wolle versuchen, diesem Thema eine neue Priorität zu geben. Die zentrale Vermarktung der Stadt Plauen über die Stadtgrenzen hinaus soll gemeinsam entwickelt werden. Wichtig sei eine zentrale Einheit in der Stadt, die übergeordnet Unterstützungsleistung für die einzelnen Kultureinrichtungen liefern könne.

Bürgermeister Kämpf bietet nach wie vor persönliche Gespräche in den Fraktionen an, um Fragen zur Struktur im Vorfeld klären zu können.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass man den Kommunalen Präventionsrat stärken wolle.

Präventive Arbeit fängt seiner Meinung nach bereits in den Schulen an. Deshalb sei die Zuordnung zum Geschäftsbereich I sinnvoll.

Nach dem Umbau des Rathauses wird es ein modernes „Frontoffice“ geben, wo Pass- und Meldewesen, Bürgerbüro und Standesamt vertreten sein werden.

Herr Sascha Giller, Justiziar der Stadt Plauen, bestätigt die Ausführungen von Stadtrat Schmidt zum § 53 SächsGemO. Die Festlegung der Geschäftskreise gehört allerdings nicht zur inneren Organisation. Hier sei die Verwaltung an die Festlegung des Stadtrates gebunden. Die Sächsische Gemeindeordnung erkennt an, dass die Verwaltung ein wesentliches Interesse daran hat, eine praktikable Geschäftsverteilung auf den Weg zu bringen. Der Stadtrat könne aber die Festlegung der Geschäftskreise nur im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister treffen.

Sollte heute ein Beschluss zur Festlegung der Geschäftskreise gefasst werden, welchen die Verwaltung aus eigener Erfahrung und Bewertung für nicht richtig erachtet, kann der Oberbürgermeister sein

Einvernehmen dazu versagen. Danach bestünde aber die Möglichkeit einer Beschlussfassung mit zwei Drittel Mehrheit am heutigen Tage. Wenn diese zustande kommt, gilt der Beschluss über die Festlegung der Geschäftskreise als bindend.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich für die umfangreiche Diskussion und bittet nunmehr um Abstimmung zum Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 238-22**.

**Beschluss:**

Die FDP-Fraktion beantragt, die Vorlage „Organisationsentwicklung in der Stadt Plauen - Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister“ vor einer endgültigen Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat der Stadt Plauen noch einmal auf die Tagesordnung aller Ausschüsse des Stadtrates zu setzen.

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 28/22-12**

**Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

**2.7.2. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 240-22, Stellungnahme der Verwaltung**

zurückgezogen – siehe TOP 1.1.

**2.7.3. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 241-22, Stellungnahme der Verwaltung**

zurückgezogen – siehe TOP 1.1.

**2.7.4. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 242-22, Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Man hätte sich gewünscht, dass der Personalrat sich ebenfalls in der heutigen Sitzung zu diesem Thema äußern würde, auch wenn dies im Verfahren nicht vorgesehen sei.

Der FDP-Fraktion sei ein fairer und wertschätzender Umgang bei diesem Prozess mit allen Mitarbeitern auch bei der Umsetzung dieses Beschlusses ganz wichtig. Sollte man im Verlaufe der Umsetzung Kenntnis erlangen, dass dies nicht garantiert ist, so wird dies die FDP-Fraktion sehr deutlich thematisieren.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass er immer Wert darauflegt, dass Mitarbeiter ordentlich, fach- und sachgerecht behandelt werden. Dies sei für ihn Grundvoraussetzung für eine starke Verwaltung. Eine Mitwirkung des Personalrates ist gemäß Personalvertretungsgesetz bei der Verteilung der Geschäftsbereiche nicht gegeben.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass sich die Mitarbeiter des Kulturreferates ausdrücklich gewünscht haben, im Bereich des Oberbürgermeisters zu bleiben. Dies würde auch Sinn machen, da das Kulturreferat verschiedene Veranstaltungen organisiert, bei denen der Oberbürgermeister involviert ist.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob Mitglieder des Personalrates an der heutigen Sitzung überhaupt teilnehmen, um sich äußern zu können.

Oberbürgermeister Zenner betont nochmals, dass eine Anhörung des Personalrates nicht notwendig sei, weil dies im Verfahren nicht vorgesehen ist.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, wirbt ausdrücklich für Zustimmung zum Antrag. Er bittet ebenfalls darum, dass der Personalrat zur Sache gehört wird.

Oberbürgermeister Zenner bittet Herrn Henry Leonhardt, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Stadt Plauen, um eine kurze Stellungnahme.

Herrn Henry Leonhardt, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Stadt Plauen führt aus, dass der Gesetzgeber nicht vorsieht, dass der Personalrat an der Findung der Struktur mit beteiligt ist. Herr Leonhardt denkt, dass das gut so ist. Der Personalrat ist erst mit eingebunden, wenn es an die Umsetzung des Beschlusses geht und personelle Einzelmaßnahmen zum Tragen kommen.

**Stadtrat Gerbeth antwortet auf Nachfrage von Oberbürgermeister Zenner, dass der Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 242-22, nunmehr als erfüllt angesehen wird. Eine Abstimmung ist somit nicht notwendig.**

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, möchte folgende persönliche Erklärung nach § 19 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen abgeben:

Stadtrat Legath legt dar, dass er nicht gesagt hat, dass der Personalrat gegen die Verwaltung sein muss. Er hat lediglich gesagt, dass er es sein darf. Dies schließt natürlich eine konstruktive Zusammenarbeit nicht aus.

#### **2.7.5. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 243-22**

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erläutert kurz den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass dieser Antrag inhaltlich mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 249-22, Nr. 1** zusammenhängt.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert die Nr. 1 des o. g. Antrages ihrer Fraktion. Gleichzeitig bezieht sie sich auf die Beantwortung von Anfragen (Nr. 3) ihrer Fraktion, vom 07.02.2022:

Das Kulturreferat sollte im Geschäftsbereich I bleiben, da es auch Aufgaben und Zusammenhänge gäbe, was die Arbeitsgruppe Kultur betrifft.

Das Kulturreferat entscheidet auch über die Ausreichung der Kulturmittel der Stadt Plauen. Hierzu gibt es eine Fördermittelkommission.

Die o. g. Antwort hierzu sei sehr ernüchternd gewesen. Stadträtin Rank führt aus, dass sich die AG Kultur nicht nur einmal im Jahr trifft. Teilweise sind über 50 Anträge ausführlich zu behandeln. In ihren Augen stellt die o. g. Beantwortung der Verwaltung hierzu eine Abwertung dar.

Stadträtin Rank fragt nach, wo die Beschlüsse der AG Kultur zukünftig vorgetragen werden, wenn dann das Kulturreferat dem Oberbürgermeister unterstellt ist.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass die Argumente durchaus nachvollziehbar seien. Tatsächlich seien aber alle anderen Vereine wie z. B. das Malzhaus und die Schaustickerei Vereine in Selbstverwaltung.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus. Dass die Kultur durch die Umsetzung des Kulturreferates in den Geschäftsbereich OB auseinandergerissen würde, wäre seiner Meinung nach nicht zutreffend und erläutert dies. Es gäbe zwei wichtige Gründe dafür, das Kulturreferat im Geschäftsbereich OB anzusiedeln:

Die Entscheidung, die der Kulturkonvent im Kulturraum Vogtland-Zwickau trifft, werden im Kulturbeirat vorberaten. Die Stadt Plauen wird im Kulturbeirat durch Frau Behncke vom Kulturreferat vertreten. Ein weiterer wichtiger Grund sei, dass viele Projekte der freien Kulturträger von der Stadt Plauen aus den freien Kulturmitteln und aus den Mitteln des Kulturraumes kofinanziert werden.

Stadträtin Rank fragt sich, wie es bisher funktioniert hat, wo das Kulturreferat noch im Geschäftsbereich I angesiedelt war. Es stellt sich die Frage, ob diese Dinge dann immer noch im Kultur- und Sportausschuss behandelt werden. Als Leiter des Kultur- und Sportausschusses sei es nach Meinung von Stadträtin Rank für Bürgermeister Kämpf dann schwer, da in viele Dinge nicht involviert wäre. Dies sei für sie nicht nachvollziehbar.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass es bisher eben nicht gut funktioniert hätte. Deshalb wäre diese Umstrukturierung notwendig. Die Information zur Mittelverteilung im Kulturbereich wird weiterhin im Kultur- und Sportausschuss erfolgen.

Es folgt eine gemeinsame Beschlussfassung zu TOP 2.7.5. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 243-22** in Verbindung mit TOP 2.7.11. Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 249-22 – Nr. 1**, da diese beiden Anträge inhaltlich zusammenhängen.

**Beschluss:**

Das Kulturreferat und der Kulturbetrieb werden beide in die Zuständigkeit des Bürgermeisters für den Geschäftsbereich I eingeordnet. (**Reg. Nr. 243-22**)

Das Kulturreferat verbleibt im Geschäftsbereich I. (**Reg. Nr. 249-22 Nr. 1**)

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; 21 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-13**

**2.7.6. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 244-22**

zurückgezogen – siehe TOP 1.1.

**2.7.7. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 245-22**

zurückgezogen – siehe TOP 1.1.

**2.7.8. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 246-22**

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Stadträtin Alexandra Glied, CDU-Fraktion, findet die vorgeschlagene Kombination von Tourismus und Marktwesen gut. Wichtig sei es für sie, dass dieses Thema eine gewisse Wertigkeit bekommt.

**Beschluss:**

Die Zuständigkeit für Tourismus und Marktwesen sind zu trennen.

Das Marktwesen ist dem Geschäftsbereich II zuzuordnen. Tourismus ist als eigene Stabsstelle vorzugsweise im Geschäftsbereich Oberbürgermeister anzusiedeln.

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen; 23 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-14**

**2.7.9. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 247-22**

zurückgezogen – siehe TOP 1.1.

**2.7.10. Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 248-22, Stellungnahme der Verwaltung**

zurückgezogen – siehe TOP 1.1.

#### 2.7.11. Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 249-22

Der Antrag, *Reg. Nr. 249-22, Nr. 2*, wird von der Fraktion DIE LINKE, zurückgezogen.

#### 2.7.12. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, Reg. Nr. 250-22

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages, *Reg. Nr. 250-22* und *Reg. Nr. 251-22*, seiner Fraktion.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion äußert erhebliche Zweifel, ob die vorgeschlagene Strukturänderung zu mehr Effizienz und mehr Bürgernähe führen wird.

Stadtrat Hermann bittet darum, dass Oberbürgermeister Zenner zu Protokoll gibt, dass ihm der Koordinator für Digitalisierung weiterhin sehr wichtig ist und er auch Verantwortung hierfür trägt.

Dass der Kommunalpräventive Rat nunmehr keine Chefsache mehr sein soll, wäre aus Sicht der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion das falsche Signal. Auch hier wird um ein klares Bekenntnis des Oberbürgermeisters gebeten, sich aus diesem Bereich nicht zurückzuziehen und die Verantwortung zu übernehmen, wenn dies erforderlich sei.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass er sich nicht aus dem Kommunalpräventiven Rat (KPR) zurückziehen und damit ein Zeichen setzen möchte, dass der KPR nicht höchste Priorität in der Stadt Plauen hat.

Das Ziel sei die Stärkung der Arbeit des KPR auch mit Hinblick darauf, dass Prävention mehr in den Schulen und Vereinen durchgeführt werden könne. Durch die Vernetzung mit Schulen, Kultur und Sport sei der KPR im Geschäftsbereich I besser aufgestellt, als im Geschäftsbereich OB.

Man habe Erwartungen an den KPR, die auch deutlich formuliert würden. Man wird alles dafür tun, dass Herr Zabel und der Kommunalpräventive Rat weiterhin sehr effektiv und sehr gesichert mit einem Rückhalt durch den Oberbürgermeister und die beiden Bürgermeister weiterarbeiten könne.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass die Zuordnung der Koordinierungsstelle Digitalisierung zum Fachgebiet Informationstechnik sinnvoll sei. Gemeinsam mit Herr Wolf, Leiter Fachgebiet Informationstechnik und Herrn Grimm, Koordinator Digitalisierung wurde hierzu diskutiert. Beide haben der vorgeschlagenen Zusammenarbeit zugestimmt.

Nunmehr sollte geschaut werden, ob diese Zusammenarbeit funktioniert, wenn nicht könne man immer noch auf den Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zurückkommen.

#### 2.7.13. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, Reg. Nr. 251-22

**Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zieht ihre Anträge, *Reg. Nr. 250-22*, und *Reg. Nr. 251-22*, zurück.**

**Eine Abstimmung ist nicht notwendig.**

#### **Beschluss zur Verwaltungsvorlage:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister ab 01.03.2022 mit der abschließenden Umsetzung zum 01.01.2023.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 28/22-16**

**2.8. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen in 2021 für die Gewerbesteuerumlage**  
**Drucksachenummer: 0528/2022**

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen in 2021 i.H. v. 41.060,70 EUR für die Gewerbesteuerumlage 2021.

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-16**

**2.9. Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“**  
**Drucksachenummer: 0547/2022**

Frau Marie Anne Lorenz, Fachgebiet Stadtplanung und Verkehr, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass es auf Initiative der CDU-Fraktion einen Antrag gab, der darauf abgezielt habe, sich für dieses Bundesprogramm zu bewerben. Er fragt nach, ob für Managementfragen eine zusätzliche Personalstelle (Quartiermanager) geschaffen oder ob dies alles über eine Agentur abgedeckt werden soll.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, antwortet, dass die Laufzeit des Programmes 3 Jahre beträgt. Eine Personalie dafür einzuarbeiten sei schwierig. Deshalb tendiere man eher dazu, das administrative Geschäft zur Beantragung und Abwicklung der Fördermittel sowie das kreative Geschäft durch eine Agentur durchführen zu lassen.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, äußert sich positiv zum Inhalt der Vorlage. Die Beauftragung einer Agentur mit den entsprechenden Kompetenzen hält er für sinnvoll. Kritisch sieht Stadtrat Herold allerdings, dass sehr viel Geld für konzeptionelle Arbeiten eingesetzt wird. Man vertraut aber hier der Verwaltung, dass der Einsatz dieser Mittel letztendlich in kreative Projekte mündet.

Stadtrat Herold führt aus, dass im Stadtbau- und Umweltausschuss mitgeteilt wurde, dass die Folgekosten 2023 bis 2025 planerisch weitestgehend untersetzt wären. Er fragt nach, ob man dies konkretisieren könnte.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass im Förderprogramm hauptsächlich konzeptionelle Dinge gefordert werden. Man könne nur 30 % des Geldes für bauliche Zwecke verwenden. Die Deckungsquelle für das Jahr 2022 ist gesichert. Die Weiterführung für die Jahre 2023 bis 2025 soll die Haushaltsdiskussion ergeben. Man könne auch Mittel Dritter einwerben, z. B. Unternehmen oder Vereine, die sich beteiligen. Es wurde eine Interessenbekundung ausgelobt. Hier haben sich über 50 Akteure bereiterklärt, mitzuarbeiten.

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für dieses Projekt. Sie fragt zum Unterpunkt 8 „Öffentlichkeitsarbeit“ nach, welche Form der Beteiligung erwartet werden könne.

Bürgermeisterin Wolf legt dar, dass Workshops und Schulungen durchgeführt werden sollen. Unternehmen sollen mitgenommen und geschult werden. Man sei auch für Anregungen offen, wie eine Bürgerbeteiligung noch erfolgen könnte.

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die im Projekt „Plauener\_City900plus“ vorgestellten Einzelprojekte aus dem Projektantrag zur Bundesförderung „zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ als Grundlage für die Beantragung der Fördermittel für die geplanten Maßnahmen unter Vorbehalt der Forderungen und Anregungen des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB).

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-17**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im Jahr 2022 in Höhe von 110.000,00 EUR für den Anteil der Umsetzung des Bundesprogrammes in 2022.

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-18**

**2.10. Grundschule Kuntzehohe – Einbau stationärer raumluftechnischer Anlagen**  
**Drucksachenummer: 0526/2021**

Herr Peter vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung (GAV), erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, befürwortet die Anschaffung und hält dies für eine nachhaltige Anschaffung.

Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, fragt nach, ob die Anschaffung dieser Geräte auch für andere Schulen geplant ist.

Herr vom Hagen teilt mit, dass, an Schulen, bei denen erst vor kurzem die Planung zur Sanierung begonnen hat bzw. die schon im Bau sind, der Einbau dieser Geräte bereits mit vorgesehen sei. Bei allen künftigen Sanierungen wird dies mit zugrunde gelegt. Bei Schulen, die bereits saniert wurden, muss perspektivisch überlegt werden, ob dies dort auch geplant werden könne.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 155.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2022 für den Einbau von 7 stationären raumluftechnischen Anlagen in Unterrichtsräumen der Grundschule Kuntzehohe (12-0000146).

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-19**

**2.11. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme “Parkplatz Weisbachsches Haus Plauen – Forum für Textil und Spitze“**  
**Drucksachenummer: 0549/2022**

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 449.480,00 EUR für die Maßnahme “Parkplatz Weisbachsches Haus (Investitionsnummer 18-0000154).

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-20**

**2.12. Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebsenerweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“ und zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen**  
*Drucksachenummer: 0544/2022*

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage sowie den Ablauf des Verfahrens.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob für dieses Projekt eine Fassaden- bzw. Dachbegrünung in Frage käme.

Herr Löffler antwortet, dass eine Fassaden- oder Dachbegrünung aufgrund von sehr strengen hygienischen Vorschriften bei Lebensmittelbetrieben hier ausgeschlossen ist.

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen billigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 027 „Betriebsenerweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“ und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-21**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen billigt den Entwurf für die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes, für den Bereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 027 und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28-22-22**

**2.13. Mitgliedschaft der Stadt Plauen im "Förderverein zum Erhalt und zur Entwicklung des Geländes der ehemaligen Sternquell-Brauerei - Stern-KuLT e. V."**  
*Drucksachenummer: 0556/2022*

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, tut sich schwer mit der Notwendigkeit des Beitritts der Stadt Plauen zu diesem Förderverein. Er sieht hier Parallelen, z. B. zum Parktheaterverein. Die Stadt Plauen wäre hier in einer Mitgliedschaft, die seiner Meinung nach sehr wirtschaftslastig sei. Er persönlich kann dieser Vorlage nicht zustimmen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Plauen in den „Förderverein zum Erhalt und zur Entwicklung des Geländes der ehemaligen Sternquell-Brauerei - Stern-KuLT e. V.“.

**Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 4 Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 28/22-23**

**2.14. Grünpaten für Plauen – Verantwortung übernehmen für unsere Nachfolgenerationen**  
*Drucksachenummer: 0539/2022*

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, findet die Gießpatenschaften sehr gut. An seiner Schule wird dies von einer Klasse bereits für 3 Bäume am Bärenstein umgesetzt. Für ihn sei das ein guter Ansatzpunkt für jede Generation, etwas für die Umwelt zu tun.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass in letzter Zeit ziemlich viele Baumfällungen in Plauen stattfanden. Es erscheint seiner Meinung nach etwas „doppelzüngig“ wenn auf der einen Seite Grünpaten gesucht werden und auf der anderen Seite in Größenordnungen alte Baumbestände entfernt werden.

Stadtrat Herold schlägt vor, die verpflichtenden Ausgleichspflanzungen besser in der Öffentlichkeit darzustellen.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, findet die angedachten Pflanzungen von Mammutbäumen sehr gut. Er fragt aber nach, ob man sich der Auswirkungen des Pflegeaufwandes und der Gefahr bewusst sei, die von solch großen Bäumen in ein paar Jahren ausgehen können. Diese Bäume könnten aufgrund ihrer Höhe vom Blitzschlag getroffen werden.

Stadtrat Rust gibt verschiedene Auswirkungen zu bedenken, die bei der Standortwahl beachtet werden sollten.

Herr Löffler teilt mit, dass es bereits einen Mammutbaum von über 20 Metern Höhe im Weisbachschen Garten gibt. Die Elsteraue sollte von der Wasserversorgung her günstig sein. Standorte müssten natürlich im Vorfeld geprüft werden. Weiterhin gäbe es verschiedene Sorten von Mammutbäumen, die nicht ganz so hoch werden.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, ergänzt, dass man sich von Herrn Weisbach hat beraten lassen. Es wurde eine bestimmte Sorte des Mammutbaumes empfohlen, die flächendeckend gepflanzt werden soll. Es wurde erst einmal eine Umfrage an Unternehmen gemacht, die dieses Projekt aufnehmen möchten und sich gemeinsam mit der Stadt Plauen zu geeigneten Standorten beraten werden. Natürlich müsse auch auf die Risiken aufmerksam gemacht werden.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, befürwortet dieses Projekt. Die Idee sollte umgesetzt werden.

Stadtrat Rust merkt an, dass er nicht gegen die Pflanzung vom Mammutbäumen sei. Trotzdem müsse die moralische Verantwortung der Stadt Plauen für die Folgegenerationen beachtet werden.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Projekt: „Grünpaten für Plauen – 100 neue Patenschaften bis 2022“ zu überarbeiten und unter dem neuen Slogan „Grünpaten für Plauen - Verantwortung übernehmen für unsere Nachfolgegenerationen“ weiterzuführen.

**Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 28/22-24**

### **3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, ist aufgefallen, dass an Stromkästen in der Stadt Plauen Werbung für Jobs bei „Amazon“ angebracht wurde. Durch die stürmischen Tage wurden viele dieser Plakate abgerissen.

Stadträtin Rank fragt nach, ob es eine Genehmigung für das Anbringen dieser Werbung gab und wer sich jetzt um die Entsorgung kümmert.

**Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass es für die Anbringung dieser Werbung keine Genehmigung gab. Das Ordnungsamt wird beauftragt gemeinsam mit dem Vogtlandkreis die Situation zu prüfen.**

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, warum die Vereine der Kinder- und Jugendarbeit bisher noch nicht über den Stadtratsbeschluss bezüglich der 15 % Unterstützung durch die Stadt Plauen unterrichtet wurden.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass die Vereine bereits vor der Beschlussfassung – vorbehaltlich des Beschlusses durch die Stadtrat - die Mitteilung bekommen haben, um Planungssicherheit zu geben.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, wann die Vereine die 1. Abschlagszahlung bekommen. Sie fragt weiterhin nach, ob inzwischen der Vertrag mit dem Vogtlandkreis abgeschlossen wurde. Auf der Einladung für den Jugendhilfeausschuss des Vogtlandkreises sei informiert worden, dass die Abstimmung mit der Stadt Plauen zur Höhe der kommunalen Beteiligung noch offen sei.

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, warum aktuell gerade alle beide Fahrzeuge zur Verkehrsüberwachung im Abstand von ca. 200 Metern in der Nähe der Festhalle positioniert sind.

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, bezieht sich auf einen Artikel in der „Freien Presse“ von Anfang Februar 2022, wonach die Bebauungspläne für das Dienstleistungszentrum Müller in Oberlosa erneut im April 2022 ausgelegt werden müssen.

Er fragt nach, welche Hintergründe diese nochmalige Auslegung hat und wie die Zeitschiene zustande kommt.

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, teilt mit, dass der Abwägungsbeschluss so gefasst wurde, dass eine erneute Auslegung nicht zum Vorhaben selbst, sondern bezüglich der Straße stattfinden müsse. Hierüber wurde auch der Ortsvorsteher von Oberlosa, Herr Trawinski, unterrichtet. Derzeit werden die entsprechenden Unterlagen vom zuständigen Planungsbüro Strunz überarbeitet und nach Vorliegen in der Stadtverwaltung Plauen auf Plausibilität geprüft. Danach erfolgt die Beschlussfassung im Stadtrat am 03.05.2022.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, fragt nach, ob die Stadt Plauen eine Information an die Grundstückseigentümer bezüglich der neuen Grundsteuerreform herausgeben wird.

Frau Göbel, Fachdienstete für das Finanzwesen, antwortet, dass hier in erster Linie die Finanzämter federführend sind. Das Fachgebiet Steuern und Abgaben der Stadt Plauen ist ebenfalls involviert. Der Sächsische Städte- und Gemeindetag habe erst in dieser Woche einen großen Fragenkatalog zu Einzelfragen zu dieser Reform herausgegeben. Die Finanzämter werden die Grundstückseigentümer entsprechend anschreiben. Gerne kann eine Information zum aktuellen Sachstand im nächsten Finanzausschuss erfolgen.

**Oberbürgermeister Zenner legt fest, dass diese Information im Finanzausschuss erfolgen soll. Über die Pressestelle soll ebenfalls ein Hinweis zu diesem Thema über die Stadtnachrichten gegeben werden.**

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht ebenfalls zum Thema Oberlosa. Von Einwohnern der Ortschaft Oberlosa wurde nachgefragt, warum jetzt schon Bäume gefällt werden, obwohl nochmals eine Auslegung zu dieser Straße erfolgen müsse.

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, berichtet über einen Aufruf des BUND, auf nicht notwendige Beleuchtung zu verzichten. Hier ginge es neben den ökologischen Aspekten auch um die aktuelle Lage bezüglich des Krieges zwischen Russland und Ukraine. Hier sollte im Energiesektor jede Einsparmöglichkeit genutzt werden.

Sie fragt nach, ob es möglich sei, auf nicht notwendige öffentliche Beleuchtung in der Nacht (z. B. Anstrahlen von bestimmten Gebäuden) zu verzichten.

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine Prüfung zu. Er bittet aber darum, hier nicht die geplante Lasershow anlässlich des Plauer Stadtjubiläums mit einzubeziehen.**

Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, hat beobachtet, dass an vielen alten Häusern noch Antennenanlagen vorhanden sind, welche durch die Stürme der letzten Wochen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Sie fragt nach, ob die Stadt hier entgegenwirken könne.

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, bittet darum, solche Dinge an das Fachgebiet Bauordnung zu melden, so dass dies kontrolliert werden kann. Gerne können solche Mitteilungen hierzu auch über das Sekretariat der Bürgermeisterin gegeben werden.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass Frau Dr. Elke Schulze am 20.02.2022 nach langer Krankheit verstorben ist.

Frau Dr. Schulze war von 2010 bis Ende 2019 erste Leiterin des Erich-Ohser-Hauses in Plauen. Sie war ehemaliger Vorstand der Erich Ohser – e.o.plauen Stiftung und Ehrenmitglied der e.o.plauen-Gesellschaft e.V..

Oberbürgermeister Zenner schätzte Frau Dr. Schulze als Mensch, als Leitungskraft aber auch als Künstlerin sehr – besonders die von ihr durchgeführten Vernissagen haben seiner Meinung nach intellektuell im Vogtland Maßstäbe gesetzt.

Oberbürgermeister Zenner bittet die Anwesenden, sich für eine ehrende Gedenkminute für Frau Dr. Elke Schulze zu erheben.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass Frau Steffi Behncke, Mitarbeiterin des Kulturreferates Plauen, im Namen der Stadt Plauen persönlich zur Beerdigung in Berlin anwesend sein wird.

Dem Wunsch der Familie von Frau Dr. Schulze entsprechend, hat die Stadt Plauen eine Spende an ein Krebs Hospiz geleistet.

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner  
Oberbürgermeister

Andrè Bindl  
Stadtrat

Stephan Uhlig  
Stadtrat

Peggy Glaß  
Schriftführerin